Nr. 62. Donnerstag, 15. März. 1900

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. ic. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner. Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Die Zollfreiheit für Schiffbaumaterialien.

Nach § 5 des Zolltarifgesetzes **sind Materialien, welche zum Bau, zur Reparatur und zur Ausrüstung von Seeschiffen verwendet werden, einschließlich der gewöhnlichen Schiffsutensilien, vom Eingangszolle befreit.** Nach einer von der Budgetcommission des Reichstages beschlossenen Resolution soll der Reichskanzler ersucht werden, auf eine Abänderung dieser Bestimmungen, insbesondere auf Aufhebung der für die Ausrüstungsgegenstände von Schiffen bestehenden Zollfreiheit, hinzuwirken. Gegen diese Resolution wendet sich eine Petition der Direction der Stettiner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Vulcan", welche soeben von dem Vertreter Stettins, dem Abgeordneten Brömel, dem Reichstage überreicht worden ist. Als die älteste und bedeutendste deutsche Werft hält sich der „Vulcan" für verpflichtet, vor dem ganzen Lande auszusprechen, daß die Aufhebung der Zollfreiheit für die hauptsächlichsten Schiffbaumaterialien ein Unglück für die vaterländische Schiffbauindustrie sein würde, wie es größer und unheilvoller nicht gedacht werden kann. Die Petition weist darauf hin, daß der deutsche Eisenschiffbau unter den schwierigsten Verhältnissen den Wettbewerb mit der viel älteren englischen Industrie aufgenommen und es unter den größten Opfern in zwei Jahrzehnten dahin gebracht hat, daß diese junge Industrie allmählich erstarkt und schließlich dahin gelangt ist, mit England auf dem Weltmarkt concurriren zu können.

„Vorbedingung und Basis für die Entwicklung und das Fortbestehen des deutschen Schiffbaues waren und sind auch noch heute, daß die einheimischen Schiffswerften die zum Schiffbau erforderlichen Materialien für die Hauptbestandtheile des Schiffskörpers, der Maschinen und der Ausrüstungsgegenstände gleich günstig beschaffen können, wie die ältere englische Industrie. Wenn diese Vorbedingung hinfällig wird, so ist es für den deutschen Schiffbau nicht allein mit dem Wettbewerbe auf dem Weltmarkte zu Ende, sondern auch mit dem Wettbewerbe im eigenen Lande, denn dann sind die englischen Werften in der Lage, den deutschen Rhedereien Schiffe für Preise anzubieten, welche gegenüber der durch den Zoll vertheuerten Schiffbaumaterialien für den deutschen Schiffbau geradezu ruinös sein würden. Die Preisdifferenz durch die Materialvertheuerung wird bei einem großen transatlantischen Schnelldampfer mindestens 600 bis 750 000 Mark betragen."

Ein Zoll auf Schiffbaumaterial würde eine Anzahl deutscher Werften gar nicht einmal treffen. Darüber giebt die Petition des „Vulcan" folgenden Aufschluß:

„Sämmtliche Schiffswerften Hamburgs liegen im Freihafengebiete, und es gewährleistet diese durch Gesetz einmal garantirte bevorzugte Lage bei Einführung eines Zolles auf Schiffbaumaterial den Hamburger Werften im Gegensatze zu allen anderen deutschen Werften die gleichen enormen Vortheile, welche der englischen Industrie bei Einführung eines Zolles in den Schoß fallen! Alle anderen Schiffswerften, und wegen der ungünstigen geographischen Lage in erhöhtem Maße die Werften an der Ostsee, würden mit einem Schlage außer Concurrenz gesetzt und zwar zu Gunsten einiger weniger Hamburger Werften und der ganzen englischen Schiffbauindustrie; dies kann nicht die Absicht und der Wille des Hohen Reichstages sein! Es kommt noch hinzu, daß unter den preußischen Schiffswerften sich eine befindet, nämlich die Krupp'sche Germania-Werft in Kiel, welche nach Einführung des Zolles auf Schiffbaumaterial jede andere Werft außer Concurrenz zu setzen vermag, denn der Zoll auf das gesammte Schiffbaumaterial würde der Stammfirma Krupp in Essen zu gute kommen."

Dienstag haben sich nun auch die **Vertreter deutscher Rhedereien und Schiffswerften in Hamburg** mit der Angelegenheit beschäftigt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die in der Börse zu Hamburg aus ganz Deutschland heute zahlreich versammelten Vertreter deutscher Schiffswerften und Rhedereien erkennen in der im Reichstage eingebrachten Resolution der Budgetcommission betr. die Aufhebung der Zollfreiheit für die Schiffbaumaterialien die größte Gefahr für den deutschen Schiffbau, weil dessen ganze Existenz davon abhängig ist, daß demselben die zum Schiffbau nothwendigen Materialien gleich günstig zur Verfügung stehen, wie der älteren und mächtigeren englischen Schiffbau-Industrie. Eine Maßnahme, wie solche durch jene Resolution angestrebt wird, würde die erst seit wenigen Jahren errungenen Erfolge des deutschen Schiffbaues wieder gänzlich unterbinden, und dadurch würde der englischen Concurrenz die frühere Uebermacht für die Lieferung deutscher Schiffe wieder zugeführt werden. Die deutschen Rheder und Schiffbauer würden dies als ein großes nationales Unglück ansehen, weil dadurch der deutschen Kriegsmarine wie der deutschen Handelsflotte der natürliche und beste Stützpunkt für den Bau ihrer Schiffe verloren ginge.

Namens der Hamburger Schiffswerften erklärte Herr Blohm, in Firma Blohm u. Voß, daß auch diese dem Protest beitreten, obschon sie, weil im im Freihafen liegend, vom Zoll nicht betroffen würden, da der deutsche Schiffbau nur durch Zusammenarbeit gedeihen könne und durch die Heranziehung geschulter Arbeiter in großem Maßstabe. Eine Zollerhöhung würde den deutschen Schiffbau dem englischen gegenüber concurrenzunfähig machen.

Die Beseitigung der Zollfreiheit für Schiffbaumaterial ist von einem Theile der deutschen Stahl- und Eisenindustrie schon länger erstrebt worden. Die Stahl- und Eisenindustrie, der die Zollgesetzgebung durch den Schutz aller ihrer Erzeugnisse die größten Vortheile zugewendet hat, will auch den deutschen Werften die Preise dictiren, während sie jetzt der ausländischen Concurrenz Rechnung tragen muß. Außer ihr hat niemand an der Beseitigung der Zollfreiheit auf Schiffbaumaterialien Interesse. Wenn ihr die conservativen Agrarier zustimmen, so geschieht es nur als Ausfluß ihrer Feindschaft gegen Handel und Industrie, insbesondere gegen den Seehandel.

Reichstag.

Berlin, 13. März.

Die **dritte Lesung der lex Heinze** hat eine große Anziehungskraft nicht bloß auf das Publikum, sondern auch auf die Abgeordneten ausgeübt. Gleichwohl nahmen die Verhandlungen nicht den erwarteten sensationellen Verlauf. Man stand zu sehr unter dem Eindrucke, daß die **Annahme der sogenannten Compromißanträge** nach der Zahl der Unterschriften doch nun einmal **gesichert** erscheint, das heißt, daß die Opposition einfach niedergestimmt werden wird. Die Mehrheit dürfte in ihrem Verhalten bestärkt werden durch das Verhalten der Regierung, die, wie es scheint, zum Compromiß Ja und Amen sagen wird. Hat auch der Staatssecretär Nieberding, der merkwürdig spät das Wort ergriff, dies nicht ausdrücklich erklärt, so war das doch unschwer aus seinen Worten herauszuhören. Die Redner der Majoritätsparteien kühlten an den Urhebern und Theilnehmern der Protestbewegung ihr Müthchen. Es wird sich ja bald zeigen, welches Echo ihr heutiges Auftreten im Lande finden wird.

Abg. **Bassermann** (nat.-lib.) erklärt, die Nationalliberalen mit verschwindender Ausnahme würden das Gesetz, wenn es auf die Basis der Compromißanträge gestellt werden sollte, verwerfen. Die Gefahr der §§ 184 a und b liege in ihrer unbestimmten Fassung. Ein Normalschamgefühl lasse sich nicht construiren. Die vom Reichskanzler einer Deputation gegebene Declaration binde die Gerichte nicht. Die Kunst solle sich in ihrer Eigenart frei entfalten.

Abg. Stockmann (Reichsp.) erklärt, die Reichspartei werde am Compromiß festhalten.

Abg. **Beckh-Coburg (freis. Volksp.) vertheidigt die Künstler gegen die erhobenen Angriffe.**

Abg. **Schrader** (freis. Ver.) rechtfertigt die Protestbewegung, an deren Spitze allererste Künstler stehen, deren Namen im Andenken des Volkes noch fortleben werden, wenn die Namen der allermeisten Reichstagsabgeordneten längst vergessen sind. Die Künstler wüßten recht gut, was sie von der lex Heinze zu erwarten hätten. Und ihr Widerstand sei um so berechtigter, als es sich nur um ein Symptom handle, noch anderes werde geplant und man könne der lex Heinze danken, daß sie auf diese Dinge aufmerksam gemacht und den Betheiligten die Augen für die drohende Reaction auf dem Gebiete der künstlerischen Freiheit geöffnet habe.

Abg. **Gröber** (Centr.) sucht darzuthun, daß manche ausländische Strafgesetze noch strengere Bestimmungen in gleicher Richtung enthalten. Die Künstler dürften nicht für sich eine besondere Moral beanspruchen.

Abg. **Bebel** (Soc.) weist darauf hin, daß an der ganzen Sache in erster Linie die Damen betheiligt sind, die auf Hofbällen nicht tief genug ausgeschnitten gehen können. Es handle sich hier um die erbärmlichste Heuchelei.

Staatssecretär **Nieberding** erklärt, ein Compromiß bestehe zwischen den Parteien und der Regierung nicht. In der Commission habe er gesagt, aus der Bestimmung über das Wohnen der Dirnen werde die Regierung keine conditio sine qua non machen. Der Theaterparagraph sei unannehmbar, er (Redner) bedauere die Erregung der Künstler. Angesehene Künstler, mit denen er gesprochen, hätten ihm Recht gegeben, andere hätten die Bestimmungen nicht gelesen oder falsch ausgelegt.

Namens der Conservativen tritt **Abg. Himburg** für die Compromißanträge ein.

Abg. **Stöcker** (b. k. Fr.) schildert den Niedergang der Sittlichkeit in Deutschland und wendet sich gegen die unnützen Declamationen der Künstler. Für uns kann nicht die Künstlermoral oder Gelehrtenmoral, sondern nur christliche und bürgerliche Moral maßgebend sein.

Die Generaldebatte **war damit beendet. Morgen** findet die Specialdebatte **mit den folgenschweren** Entscheidungen statt.

Am Schluß der Sitzung wurde die **Münzgesetznovelle** in der **Fassung der Commission** angenommen. Ein Antrag Arendt (Reichsp.), für die Neuprägungen nicht die vorhandenen Thaler verwenden, sondern Silberbarren anzukaufen, **wurde mit 161 gegen 61 Stimmen abgelehnt.**

*

— **Die Budgetcommission** des Reichstages lehnte heute die geforderten 100 000 Mk. für die Vorarbeiten zur **Centralbahn** in Deutsch-Ostafrika ab, ebenso 20 000 Mk. für den Telegraph, nahm dagegen einen Antrag Müller-Fulda an, 20 000 Mk. zu bewilligen zu Vorarbeiten für die Telegraphenlinie von Dar-es-Salaam nach Kilossa. Die zur Fortsetzung der Usambara-Bahn geforderten **72 000 Mk. wurden ebenfalls bewilligt.**

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 13. März.

Beim Kapitel Elementarunterrichtswesen verhandelte man heute besonders eingehend über die neu geforderten sechs **Kreisschulinspectionen** im Hauptamt, von denen die Commission nur eine bewilligt hat, nämlich die in Schöneberg, dagegen fünf andere, darunter Stutthof und Pr. Holland, nur im Nebenamt. Die Debatte über diese principiell wichtige Frage wurde schließlich bis zur Abendsitzung vertagt.

In der **Abendsitzung** wurde dann die **Frage der Kreisschulinspectoren** weiter verhandelt. Der erste Redner war **Abg. Rickert**, der nur mit Mühe wegen seiner immer noch vorhandenen Heiserkeit zur Begründung seines Antrages eine kurze Ausführung machte. Er hob hervor, daß die Conservativen ihre Stellung vollständig geändert hätten. Früher seien mit ihrer Hilfe unter den Cultusministern v. Goßler und Dr. Bosse die Posten für die bisherigen Kreisschulinspectoren vermehrt worden (hört, hört! links), jetzt plötzlich erheben sie grundsätzliche Bedenken ohne einmal die einzelnen Fälle zu prüfen. (Sehr wahr!) Er wisse in der That nicht, was z. B. in Stutthof werden solle. Jetzt sei, da ein geistlicher Kreisschulinspector nicht verfügbar, ein seminaristisch gebildeter Kreisschulinspector provisorisch angestellt. Wenn das Haus die Position verweigere, werde der Minister diesen provisorischen Kreisschulinspector beseitigen müssen? Er frage die Conservativen, was der Minister machen solle, wenn ein Geistlicher nicht zur Verfügung sei. Ein solches Vorgehen könne nur bedenkliche Folgen haben. Weshalb verlassen denn hier die Conservativen die Politik des von ihnen sonst so gefeierten Fürsten Bismarck? Für die Provinzen Westpreußen und Posen könnte eine solche Schulpolitik geradezu verhängnißvoll werden. Nach den alten preußischen Traditionen sei die Schule eine Staatsanstalt, dem Staate gebühre die Aufsicht, nicht der Kirche. Eine große Zahl von Geistlichen stehe schon jetzt auf dem Standpunkt, daß das geistliche Amt sich mit der Schulinspection meistens nicht vereinigen lasse. Redner verliest einen an ihn gerichteten Brief eines Geistlichen. Auch conservative Zeitungen stünden bereits auf diesem Standpunkte. Er bitte den Minister, wie dies ja auch seine Absicht sei, von Jahr zu Jahr mit diesen dringenden Forderungen wieder zu kommen. Er zweifle nicht, daß sehr bald die Majorität des Hauses einen erfreulichen Beschluß fassen werde, wie den heutigen bedauerlichen. (Lebhafter Beifall links.)

Für den Antrag Rickert sprachen sodann die Abgg. Ehlers, Kopsch (freis. Volksp.) und Cultusminister Studt, dagegen Graf Limburg-Stirum (cons.) und Corke (Centr.). Schließlich wurde der Antrag mit 178 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. März.

Die Nothwendigkeit eines Reichsvereinsgesetzes.

Die Verhandlungen des Reichstags in vergangener Woche über die Petition des Bundes deutscher Frauenvereine, die Gesetzgebung bezüglich der Vereine und Versammlungen den Einzelstaaten abzunehmen und gemäß Artikel 4 der Reichs-

---

Hans Eickstedt.

Roman in zwei Bänden von **Anna Maul. (M. Gerhardt.)**

44) [Nachdruck verboten.]

Hermann wußte von seinem Drama und war entzückt, als er von der bevorstehenden Aufführung desselben erfuhr.

„Könnte ich nur dabei sein!" seufzte er. „Wissen sie es schon alle? Was sagt die Mutter dazu?"

„Noch weiß es niemand außer Ihnen."

„Und Irmgard, versteht sich. Der haben Sie es zu allerst sagen wollen."

„Weshalb hätte ich das thun sollen?" fragte Hans. Er und Irmgard hatten sich redlich bemüht, ihren Gefühlen Zwang anzulegen, selbst wenn sie sich unbeobachtet glaubten, und waren überzeugt, daß Niemand an der Oberflächlichkeit und Harmlosigkeit ihrer freundschaftlichen Beziehungen Zweifel hegen könne.

Der kranke Jüngling lächelte. „Soll ich Ihnen ein Geheimniß erzählen, Eickstedt? Weil Sie morgen reisen. Bis jetzt habe ich es getreulich für mich behalten, und außer Ihnen erfährt auch durch mich kein Mensch ein Wörtchen davon. Kommen Sie mal näher, ganz nahe heran!"

Hans neigte sich zu ihm nieder, und er flüsterte ihm mit seiner hohlen Stimme zu: „Sie haben ein Liebesverhältniß mit meiner Schwester, Eickstedt!"

„Wie kommen Sie auf diesen merkwürdigen Einfall, Hermann?"

Der Kranke lachte. **Ein** tonloses, trauriges Lachen.

„Glauben Sie, ich wäre blind? Und ich grübelte nicht und legte mir die Dinge zurecht, in den ewig langen dunklen Stunden, wo ich allein bin? Ich habe noch kein Liebespaar so in der Nähe beobachtet, Eickstedt. Junge Mädchen bekomme ich ja sonst überhaupt nur von weitem zu sehen. Ich weiß nicht, haben Sie Furcht vor mir oder hat Mama Furcht vor Ihnen."

Hans schwieg und lauschte der Musik. Er fand es sicherer, auf Hermanns Entdeckungen anscheinend kein Gewicht zu legen. Dieser verhielt sich ebenfalls eine Weile ruhig. Dann rief er Hans wieder zu sich.

„Sie thun mir eigentlich furchtbar leid, Eickstedt."

„Warum, lieber Junge?"

„Ich begreife schon, daß man sich in Irma verlieben kann. Sie sind ja gesund und vertragen ihr lautes Sprechen und hastiges Gehen. Ich will nur sagen, es thut mir schrecklich leid, daß Sie nicht mein Schwager werden können. Denn ich habe Sie lieb, und Fred — den mag ich nicht besonders leiden."

„Wie denn? Was hat der — was hat Tietjens mit Ihrer Schwester zu thun?" fragte Hans betroffen.

„Das fragen Sie? Das wissen Sie nicht?"

„Was soll ich wissen oder nicht wissen?"

Der Kranke begann zu husten. Der Wärter näherte sich. Hermann winkte ihm zurückzutreten.

„Sie sollten nicht wissen, daß Irmgard mit Fred Tietjens verlobt ist? Hat sie Ihnen das nicht gesagt?"

„Nein!" stieß Hans laut heraus. Er fühlte, daß ihm Eiseskälte durch die Glieder rann, daß sein Herzblut stockte.

„Sehen Sie, Eickstedt, das fürchtete ich", flüsterte der Kranke. „Sie sind mein Freund, nicht wahr? Ich will und kann nicht dulden, daß Sie verrathen werden. Ja — verrathen — sie ist falsch wie alle Weiber —"

Das Spiel drinnen brach ab, und Irmgard erschien unter der Portière.

„Es ist dunkel, und Ihr hier drinnen schwatzt — für wen spiele ich eigentlich?"

Hans stand auf, es war ihm nicht möglich, ein Wort über die Lippen zu bringen. Die Commerzienräthin kam und war unzufrieden, daß man Hermann mit Musik und Unterhaltung zu vorgerückter Abendstunde um die Nachtruhe bringe. Hans sagte dem kranken Jüngling ein kurzes Lebewohl, und dieser preßte krampfhaft seine Hand und flüsterte ihm zu: „Seien Sie ein Mann!"

Achtzehntes Kapitel.

Der Steinhäuser'sche Schwiegersohn, Corvettencapitän Graf Strachwitz, war gekommen, um seine Frau nach Kiel abzuholen, wo sein Schiff zur Zeit stationirt war. Bei der Abendtafel saß er zwischen seiner Frau und seiner jungen Schwägerin und scherzte und neckte sich mit dieser. Vergebens suchte Irmgard den Blick Eickstedts, er war finster und schweigsam, und trank mehr Wein als gewöhnlich. Schließlich gerieth er mit Tietjens in ein Wortgefecht über literarische Tagesfragen. Tietjens hatte sich neuerdings in der modernen Dichtung orientirt und war in seiner Art sehr bald zu abschließenden Resultaten gelangt.

„Unsere Herren Poeten sind der Meinung, es läge für sie in unseren Maschinenhallen und Werkräumen massenhaft aufgeschichteter Stoff bereit, und sie brauchten bloß zuzugreifen, bloß in Acte einzutheilen, und einen Dialog mit ein paar Dutzend technischer Ausdrücke und ungewaschener Redensarten dazu zu schreiben, um die Wirklichkeit leibhaftig auf die Bühne zu versetzen. Aber Dampf und Eisen und Arbeiterseelen sind sprödes Material, und den Mann möchte ich sehen, der es in die idealen Formen der echten klassischen Dichtung zu zwängen vermöchte. Also bleibt zweierlei, entweder entsteht ein nettes spannendes Theaterstück, mit Grubenleuten und Maschinenarbeitern, genau so wahr und so unwahr wie die Bauern und Jäger, die von Alters her hübsch kostümirt auf der Bühne zu sehen waren, oder ein rohes widerliches Machwerk, das mit der Kunst nichts — mit der Wirklichkeit auch nicht viel gemein hat — und überhaupt nicht auf die Bühne gehört. Ich habe in Berlin einmal dergleichen gesehen — ich hatte genug davon. Es giebt nur einen Schriftsteller, der das Wesen der Industrie erfaßt hat und das Treiben der Arbeiterwelt mit verblüffender Naturtreue schildert —"

„Ach, Sie meinen wohl Zola —" versetzte Hans nachlässig.

„Allerdings, Zola. Vor dem Manne nehme ich den Hut ab. Germinal — alle Achtung! — Eine Sachkenntniß, ein eindringliches Verständniß, das einem Fachmanne zur Ehre gereichen würde. Da sollen unsere jungen Dichter in die Schule gehen — von dem Manne können sie was lernen."

„Vielleicht die Kunst, Socialwissenschaft und Statistik mit einer pikanten Sauce zu langathmigen Romanen zu verarbeiten, zum Besten der Archivmaulwürfe künftiger Jahrhunderte."

„Ei, ei, Doctor", versetzte Tietjens mit sarkastischem Zucken der Mundwinkel. „Ich war der Meinung, Sie wandelten in den Fußtapfen des großen Naturalisten und träumten in stillen Stunden von seinen Lorbeern."

„Sie irrten, Herr Oberingenieur", entgegnete Hans kalt. „Ich wandele in niemandes Fußtapfen, und der Inhalt meiner Träume dürfte kaum ein Object für Ihren Forscherdurst sein."

Der scharfe Ton der Erwiderung lenkte die Aufmerksamkeit der Tischgenossen auf das Gespräch, das sich immer anzüglicher zuspitzte.

„Ich denke, Sie wollen uns alle hier auf die Bühne bringen, Eickstedt", nahm der Commerzienrath gemüthlich das Wort. „Sie sollten uns doch Ihr Opus mal vorlesen. Gott weiß, was Sie da für Teufelszeug von uns schreiben. Am Ende machen Sie solch einen Höllenbrand und Blutsauger aus uns wie die Großindustriellen, die jetzt in allen Romanen herumspuken. Wir haben Sie hier vertrauensvoll hinter die Coulissen gucken lassen, und jetzt werden Sie jeden faulen Fleck unter das Sonnenmikroskop stellen."

„Ein Theaterstück ist nicht gefährlicher als Glycerin und Salpetersäure, so lange es nicht an das Lampenlicht kommt", bemerkte Tietjens mit weiser Miene.

„Es kommt an das Lampenlicht!" rief Irmgard triumphirend. „Es wird aufgeführt, in Berlin im Schauspielhause, und wir alle werden es sehen!"

„Was Teufels!" erwiderte der Commerzienrath. „Das ist ja ganz was Neues! Gratulire, Doctor Eickstedt!"

Die Commerzienräthin hob in demselben Moment die Tafel auf, da jemand sie zu ihrem kranken Sohne abrief. Steinhäuser kam mit seinem Glase zu Hans, stieß mit ihm an, sagte ihm einige herzliche Worte und erfuhr von seiner bevorstehenden Abreise. Graf Strachwitz ließ sich von seiner Gattin eine Erklärung geben und brachte ebenfalls einen Glückwunsch an. Dann zog sich die Gesellschaft in den Salon zurück. Der Commerzienrath wurde von seinem Schwiegersohn in ein Gespräch verwickelt. Die übrigen schienen Irmgards Ausruf nicht gehört zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

verfassung eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie herbeizuführen, haben die Nothwendigkeit eines Reichsvereinsgesetzes, wie es im Jahre 1896 von freisinniger und socialdemokratischer Seite beantragt und vom Reichstage auch mit großer Majorität bereits in zweiter Lesung angenommen worden ist, wieder einmal überzeugend dargethan. Gerade in letzter Zeit haben Verfügungen von Behörden einzelner Bundesstaaten, wie Sachsen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg, gestützt auf ihre besonderen vereinsgesetzlichen Bestimmungen, wiederholt das durch die Reichsgesetzgebung gewährleistete Coalitionsrecht, und zwar nicht nur Socialdemokraten, sondern auch bürgerlichen Parteien gegenüber einfach durch summarisches Verbot aller Versammlungen illusorisch gemacht. Die sächsischen Behörden haben z. B. während des jüngsten Bergarbeiterstreiks den § 152 der Reichsgewerbeordnung, wonach alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinbarungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter aufgehoben werden, einfach außer Kraft gesetzt. Im Großherzogthum Sachsen-Weimar, das bisher ein Vereins- und Versammlungsgesetz noch nicht besitzt, sind in letzter Zeit Instructionen an die Gemeindevorstände erlassen worden, wonach diese aufgefordert werden, sämmtliche Versammlungen, von denen sie annehmen könnten, daß ein Socialdemokrat sprechen würde oder aber deren Einberufer ein Socialdemokrat sei, zu verbieten. Ganz besonders aber sollen in den größeren Städten des Großherzogthums alle die Versammlungen, wo fremde Agitatoren, Ausländer sprechen, sofort von vornherein verboten werden. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß man in dem kleinen Thüringer Land in der Zeit von 2—3 Stunden drei verschiedene kleine Vaterländer durchlaufen kann, und wenn dann Personen aus der allernächsten Umgebung als Ausländer betrachtet werden, so stellt sich ein derartiges Vorgehen geradezu als ein Hohn auf die deutsche Reichseinheit dar. Und diese Beispiele einer verschiedenartigen Handhabung des Vereinsgesetzes könnten noch durch sehr viele Einzelfälle erheblich verstärkt werden.

Solch unhaltbaren Zuständen durch Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes ein Ende zu machen, erscheint daher als eine von Tag zu Tag sich immer dringender nothwendig erweisende Aufgabe der Reichsgesetzgebung.

Proteste über Proteste.

Der Sturm, der sich im Volke gegen die lex Heinze und das Fleischeinfuhrverbot erhoben hat, nimmt inzwischen immer größere Dimensionen an. Um die lex Heinze zu Fall zu bringen, kommt er freilich zu spät. Schon heute dürften die Hauptbestimmungen dieses kläglichen Machwerkes unter Dach und Fach kommen. Dagegen ist noch nicht alle Aussicht geschwunden, das Fleischeinfuhrverbot wieder zu beseitigen.

Von den zahlreichen Kundgebungen ist für uns in Danzig von besonderem Interesse der Protest der Vertreter der **deutschen Rhederei und Schiffswerften**, die gestern in Hamburg zu einer sehr zahlreich aus allen Küstenplätzen besuchten Versammlung vereinigt waren. Den Vorsitz führte Carl Laeiß. Man beschloß einstimmig nach einer begründenden Ansprache des Vorsitzenden folgende Resolution an den Reichskanzler:

„Die heute in Hamburg versammelten Vertreter der deutschen Rhedereien und Schiffswerften erheben einmüthig und mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die vom Reichstage beschlossenen Fleischeinfuhrverbote, welche in ihren Folgen zu unvermeidlichen **Störungen unserer handelspolitischen** Verhältnisse zu befreundeten, mit uns durch lebhaften Güteraustausch und rege Schiffahrt verbundenen Staaten führen und gleichzeitig die **Ernährung unserer Arbeiter** empfindlich **vertheuern** würden. Die Blüthe der deutschen Schiffahrt und nicht minder die des deutschen Schiffbaues ist abhängig von der Fortdauer unserer Verkehrsbeziehungen zum Auslande. Wir richten daher an Ew. Durchlaucht die ehrerbietigste Bitte, gegenüber den einseitigen Ansprüchen auf Schutz der Landwirthschaft, wie sie in diesem Beschlusse zu Tage treten, daran festzuhalten, daß das Gesetz keine Bestimmung enthalte, welche über den durch die hygienischen Anforderungen verlangten Schutz gegen ausländischen Fleischimport hinausgehe, und daß dementsprechend keinerlei Einfuhrverbot gegen irgendwelche Fleischsorten in dem Gesetze selbst zum Ausdruck gelangt.“

Nicht minder bedeutsam sind die Beschlüsse des Directoriums des **„Centralverbandes deutscher Industrieller“**, welche lauten:

Die Beschlüsse (des Reichstags in zweiter Lesung) **verlassen den Zweck des Gesetzentwurfs**, der lediglich ein hygienischer ist, und greifen über in die handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Deshalb müssen wir uns gegen die Beschlüsse mit Entschiedenheit erklären. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, wie als Folge dieser Beschlüsse von weiten Kreisen der Industrie befürchtet wird, daß ohne Noth unsere **Handelsbeziehungen zum Auslande** gestört und damit die Interessen der deutschen Industrie, insoweit sie mit ihren Erzeugnissen auf den Absatz ins Ausland angewiesen ist, gefährdet werden, ingleichen die Verhältnisse der industriellen Arbeiter auch durch **Vertheuerung der Volksernährung** geschädigt und die Entwicklung der deutschen Schiffahrt, die in engem Zusammenhange mit den Interessen des deutschen Ausfuhrhandels steht, bedroht wird.

Diesen Protest mögen sich namentlich diejenigen merken, die nicht aufhören, von einem Zusammengehen zwischen Industrie und Agrarierthum zu schwärmen.

Ferner beschlossen die **Handelskammern von Köln und Stuttgart** einen **Protest gegen das Fleischbeschaugesetz.**

•

Dresden, 14. März. Der Akademische Rath der königlichen **Kunstakademie** hat in einer vollständig besetzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, daß sie im Bundesrathe gegen den sogenannten **Kunstparagraphen der lex Heinze** Stellung nehmen und verhindern möge, daß dem künstlerischen Schaffen solche Schranken gezogen würden.

Der österreichische Bergarbeiterstreik.

Im österreichischen Abgeordnetenhause wurde gestern der Dringlichkeitsantrag des Abg. Glama betr. den Kohlenarbeiterstreik berathen. Abg. Baschinsky griff heftig das Verhalten der Gewerke und der Behörden gegenüber den Arbeitern an und sagte, wenn 70 000 Arbeiter gedemüthigt die Arbeit wieder aufnehmen müßten, könnten anstatt friedlicher Organisation anarchistische Bestrebungen auftauchen. Der socialpolitische Ausschuß möge nicht zögern, einen Gesetzentwurf betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit auszuarbeiten. Nach der Rede Baschinskys kam es zu heftigen Auftritten zwischen den Christlichsocialen und den Socialdemokraten, weil der christlichsociale Steiner nach seiner Rede erklärte, die Arbeiter im Reviere von Ostrau-Karwin lebten billig, die Hauptursache ihrer Noth sei der Branntwein. Der Socialdemokrat Werner rief dem Redner zu: „Sie von Rothschild bezahlter Spitzel!“ (Großer Lärm.) Neuer Lärm entstand während der folgenden Rede von Gregorig, welcher sich darüber aufhielt, daß der Vicepräsident Prade dem Abg. Baschinsky wegen seiner antidynastischen Aeußerungen keinen Ordnungsruf ertheilt habe. (Rufe: „Denunciant!“ Lärm.) Es erklärte sodann Abg. Dr. Baerenreither, daß im vorliegenden Streite das einzig Mögliche ein Vergleich sei. Der Redner hielt es nicht für angezeigt, gesetzgeberisch einzugreifen. Abg. Primavesi führte aus, daß eine Art Revierkammer eingesetzt werden müsse, die zu je einem Drittel aus Arbeitern, den Vertretern der Werke und staatlichen Functionären bestehen solle, welche die Angelegenheit eingehend zu prüfen hätte. Die Debatte wurde hierauf geschlossen und der Antrag Glama einstimmig angenommen, die Regierung sei aufzufordern, mit allen Mitteln auf die Beendigung des Streikes hinzuwirken. Die Resolution Seichert, die Regierung sei aufzufordern, dahin zu wirken, daß männliche Arbeiter nicht vor dem 19. Lebensjahre und weibliche Arbeitskräfte überhaupt nicht unter Tage zur Kohlengrubenarbeit hinzugezogen werden, wurde einstimmig dem socialpolitischen Ausschusse überwiesen.

In Brüx kam es gestern Vormittag in Folge überaus großen Zuzuges auswärtiger streikender Bergarbeiter zu Zusammenrottungen und Kundgebungen, namentlich vor der Bruderlade. Die Menge verlangte stürmisch die Rückzahlung ihres Antheiles an der Bruderlade, leistete der Behörde Widerstand, vereitelte eine Verhaftung und schleuderte Steine. Es wurde Militär zur Hilfe gerufen, welches indessen nicht in Thätigkeit trat.

Hierzu liegen heute folgende Telegramme vor:

Teplitz, 14. März. In riesigen Schaaren erschienen heute die Arbeiter vor der hiesigen Bruderlade und verlangten ihr eingezahltes Geld zurück. Die einschreitende Gendarmerie wurde überall mit Steinen zurückgetrieben, so daß **Militär requirirt** werden mußte.

Troppau, 14. März. Zwei in Ostrau und Orlau gestern abgehaltene **Volksversammlungen** unter freiem Himmel, an denen 12 000 bezw. 8000 Personen Theil nahmen, beschlossen einmüthig, **im Ausstande zu verharren** bis das Gesetz **über den Achtstundentag perfect geworden** wäre.

Der südafrikanische Krieg.

Bloemfontein ist in den Händen der Engländer, wenn anders eine heute aus Capstadt eingetroffene Drahtmeldung sich bestätigt, wonach General French in der Hauptstadt des Oranjefreistaats eingetroffen ist. Da aber von anderer Seite noch keine Bestätigung vorliegt, kann es auch sein, daß es sich bei dieser Nachricht nur um eine Umschreibung der gestrigen Meldung handelt, wonach French vor Bloemfontein angelangt und zwei die Stadt beherrschende Hügel besetzt habe. Von Roberts selbst liegen heute folgende Meldungen vor:

London, 13. März. Marschall **Roberts** telegraphirt aus Ventersvley vom 12. März, Abends: Heute fanden wir keinen Widerstand. Wir befinden uns gegenwärtig etwa 18 Meilen von Bloemfontein. Ein Cavallerie-Division nahm Stellung an der Bahnlinie, sechs Meilen südlich von Bloemfontein. Unsere Verluste bei Driefontein belaufen sich auf 321 Verwundete und 60 bis 70 Todte und Vermißte. Die Verwundungen sind durchweg schwerer als früher, da die Boeren **Explosivgeschosse anwenden.**

Aus Ventersley meldet Reuters Bureau von heute früh: Roberts hatte den General French angewiesen, daß er sich, wenn sich Zeit dazu finde, vor Ablauf des Tages der Eisenbahnstation von Bloemfontein und des rollenden Eisenbahnmaterials bemächtigen solle. Um Mitternacht benachrichtigte French den Marschall, daß er nach heftigem Widerstande zwei in der Nähe der Eisenbahnstation befindliche Hügel besetzt habe. Der Bruder des Präsidenten Steijn wurde gefangen genommen. Die Telegraphenleitung nach dem Norden ist abgeschnitten und die Eisenbahnlinie beschädigt. Roberts setzte sich soeben mit der dritten Cavalleriedivision, welche er von der siebenten Division detachirte, und mit berittener Infanterie in Bewegung, um die Cavalleriedivision French zu verstärken. Der Rest der Truppen folgt auf das schnellste nach.

Unmöglich wäre es jedenfalls nicht, daß er um diese Stunde bereits seinen Einzug in Bloemfontein gehalten hat.

Von hervorragendem Interesse ist der Wortlaut des Notenwechsels zwischen den Präsidenten der Republiken und der englischen Regierung, von dem man heute Kenntniß erhält wie folgt:

Die Friedensnote der Boerenpräsidenten.

In der gestrigen Sitzung des englischen **Oberhauses** verlas Ministerpräsident Salisbury folgende Mittheilung der Präsidenten Steijn und Krüger, datirt Bloemfontein, den 5., und eingegangen den 6. d. Mts.:

Blut und Thränen von Tausenden, welche durch den Krieg gelitten haben, und die Aussicht auf den moralischen und wirthschaftlichen Ruin, mit dem Südafrika jetzt bedroht ist, macht es für beide Kriegführende nothwendig, sich leidenschaftslos und im Angesichte des dreieinigen Gottes zu fragen, wofür sie kämpfen und ob das Ziel eines Jeden das schreckliche Elend und die Verwüstung rechtfertigt. Im Hinblick hierauf und auf die Behauptungen mehrerer englischer Staatsmänner, daß der Krieg begonnen und geführt worden sei mit der ausgesprochenen Absicht, die Autorität der Königin in Südafrika zu untergraben und daselbst eine von der britischen Regierung unabhängige Verwaltung einzusetzen, erachten wir es für unsere Pflicht, feierlich zu erklären, daß der Krieg nur unternommen worden ist als Defensivmaßregel, um die bedrohte Unabhängigkeit der Republik zu wahren, und daß er fortgeführt wird, um die unbestrittene Unabhängigkeit beider Republiken als souveräner und unabhängiger Staaten zu schützen und die Versicherung zu erlangen, daß jenen Unterthanen der Königin, die unsere Partei in dem Kriege ergriffen haben, kein Leid geschehe. Unter diesen Bedingungen allein sind wir jetzt wie bisher schon von dem Wunsche beseelt, den Frieden wiederhergestellt zu sehen. Wenn hingegen die britische Regierung entschlossen ist, die Unabhängigkeit der Republiken zu vernichten, **bleibt unserem Volke nichts übrig, als bis zum Ende auf dem eingeschlagenen Wege auszuharren,** ungeachtet der erdrückenden Ueberlegenheit des britischen Reiches, in dem Vertrauen, daß Gott uns nicht verlassen wird.

Wir haben gezögert, die Erklärung früher abzugeben, da wir fürchteten, so lange der Vortheil auf unserer Seite war und unsere Streitkräfte Vertheidigungsstellungen fern in den britischen Colonien innehatten, könnte eine solche Erklärung das Ehrgefühl des britischen Volkes verletzen. Jetzt aber, wo das Ansehen des britischen Reiches als gesichert gelten kann dadurch, daß einer unserer Truppenkörper von den Truppen der Königin gefangen genommen wurde und daß wir dadurch gezwungen waren, andere Stellungen, die unsere Truppen inne hatten, zu räumen, ist die Schwierigkeit beseitigt. Wir können nicht länger zögern, die britische Regierung und das britische Volk im Angesichte der ganzen gesitteten Welt klar davon in Kenntniß zu setzen, warum wir kämpfen und unter welchen Bedingungen wir bereit sind, den Frieden wiederherzustellen.

Salisburys Antwort.

Lord Salisbury verlas alsdann die Antwort vom 11. d. M.:

Ich bekenne mich zum Empfange des Telegramms vom 5. Eurer Ehren, das hauptsächlich die Forderung enthält, daß die britische Regierung die unbestrittene Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaates als unabhängiger, internationaler Staaten anerkenne, und ferner das Anerbieten, unter diesen Bedingungen den Krieg zum Abschluß zu bringen. Zu Anfang des Oktober v. Js. bestand zwischen der englischen Regierung und den beiden Republiken unter den damals bestehenden Conventionen Friede. Einige Monate hindurch war zwischen der britischen Regierung und Transvaal eine Verhandlung im Gange, die zum Zwecke hatte, für gewisse sehr ernstliche Beschwerden, unter denen die britischen Bewohner Transvaals litten, Abstellung zu erlangen. Im Verlauf dieser Verhandlungen hatte Transvaal, soviel der britischen Regierung bekannt wurde, beträchtliche Rüstungen gemacht; letztere hatte in Folge dessen Schritte unternommen, um entsprechende Verstärkungen der britischen Garnisonen in Capstadt und Natal vorzunehmen. Bis dahin hat keine Verletzung der Rechte, welche durch die Conventionen garantirt waren, auf britischer Seite stattgefunden. Plötzlich erklärte Transvaal nach zweitägiger Frist und nach Erlaß eines beschimpfenden Ultimatums Ihrer Majestät den Krieg und der Oranje-Freistaat, mit welchem nicht einmal eine Erörterung stattgefunden hatte, that einen gleichen Schritt. Unmittelbar darauf drangen die beiden Freistaaten in die Gebiete Ihrer Majestät ein, belagerten drei Städte innerhalb der britischen Grenze, ein großer Theil der beiden Colonien wurde mit großer Vernichtung von Eigenthum und Leben überzogen und die Freistaaten nahmen das Recht in Anspruch, die Bewohner ausgedehnter Theile der Gebiete Ihrer Majestät so zu behandeln, als ob diese Gebiete dem einen oder dem anderen der Freistaaten einverleibt worden wären. In Voraussicht dieser Operationen hat Transvaal seit vielen Jahren Kriegsvorräthe in ungeheurem Maßstabe angesammelt, die ihrer Natur nach nur zur Verwendung gegen Großbritannien bestimmt sein konnten. Euer Ehren machen einige Bemerkungen negativer Art über den Zweck jener Vorbereitungen. Ich halte es nicht für nöthig, die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu erörtern; aber das Ergebniß der mit großer Heimlichkeit durchgeführten Rüstungen ist gewesen, daß das britische Reich gezwungen war, einem Einfall entgegenzutreten, der dem Reiche einen kostspieligen Krieg und den Verlust von Tausenden werthvoller Leben auferlegt hat. Dieses große Unheil ist die Strafe gewesen, die Großbritannien dafür erlitten hat, daß es in jüngstvergangenen Jahren den Bestand der beiden Republiken zugegeben hat. Im Hinblick auf den Gebrauch, den die beiden Republiken von der ihnen gegebenen Stellung gemacht haben, und auf das Unheil, das ihr durch keine Herausforderung veranlaßter Angriff über die Gebiete Ihrer Majestät gebracht hat, **kann die Regierung Ihrer Majestät nur mit der Mittheilung antworten, daß sie nicht bereit ist, die Unabhängigkeit, sei es Transvaals, sei es des Oranje-Freistaates, zuzugeben.**

Im englischen Unterhause

verlas gestern der Erste Lord des Schatzes A. Balfour die vom Premierminister Lord Salisbury im Oberhause bekannt gegebenen Telegramme der Präsidenten Krüger und Steijn und die Antwort Lord Salisburys auf dieselben, welche mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Ueber den weiteren Fortgang der Sitzung wird heute auf dem Drahtwege gemeldet:

London, 14. März. Im Unterhause protestirte bei der Berathung der Kriegsanleihebill in zweiter Lesung der Radicale Labouchère gegen das Telegramm Salisburys an die Präsidenten Transvaals und des Oranje-Freistaates, welches sowohl ein Verbrechen wie ein Fehler sei. Der Schatzkanzler erwähnte, daß der Betrag der Anleihe 11mal überzeichnet sei; er hoffe, daß jedermann im Reiche und in den Colonien Gelegenheit haben werde, auf die Anleihe zu zeichnen. Der erste Erfolg der Anleihe sei sowohl dem starken patriotischen Gefühl des Landes, wie dem Verlangen zuzuschreiben, das Geld gut anzulegen. Wilfrid Lawson protestirte gegen die Depesche Salisburys. Sodann wurde die zweite Lesung der Anleihebill mit 268 gegen 21 Stimmen angenommen, ebenso der Posten „Mannschaften“ im Heeresbudget.

Der Eindruck von Salisburys Antwort.

London, 14. März. Die Antwort des Premierministers Salisbury an die Präsidenten Krüger und Steijn wird von den Morgenblättern allgemein als eine staatsmännische und wohlüberlegte bezeichnet, während andererseits die Ansicht ausgesprochen wird, daß die Boeren durch ihre thörichten Forderungen sich selbst schaden.

Paris, 14. März. Die meisten Blätter erklären, daß die kategorische Weigerung Salisburys, den südafrikanischen Republiken die Unabhängigkeit zuzugestehen, für lange Zeit die Hoffnung auf einen Friedensschluß zunichte macht.

Friedensgesandtschaft der Boeren nach Europa.

London, 14. März. Die „Times“ meldet aus Lorenzo Marquez vom 12. d. Mts.: Eine Friedensgesandtschaft der Boeren, bestehend aus dem Mitglied des Ausführenden Rathes des Oranje-Freistaates Fischer, dem Mitglied des Ausführenden Rathes der Südafrikanischen Republik Wolmarans und dem Mitglied des Volksraads des Oranje-Freistaates Wessels, reist morgen nach Europa ab.

Interventionsgesuch an Deutschland.

London, 13. März. Reuters Bureau meldet aus Durban vom 12. März, auf das Ersuchen der Transvaalregierung **an Deutschland** um Vermittelung oder Intervention habe die deutsche Regierung geantwortet, sie müsse jede Einmischung ablehnen, da sie der Ansicht sei, daß sie in keiner Weise von dem Conflict berührt sei. Das Resultat der gleichen Anfragen Transvaals bei den anderen Großmächten sei noch unbekannt.

Hierzu bemerkt das Wolff'sche Telegraphenbureau: Nach unseren Erkundigungen ist die vorstehende Meldung falsch, die Sache liegt vielmehr wie folgt: Die Regierungen der beiden südafrikanischen Republiken hatten durch die Consuln in Pretoria an eine Reihe größerer und kleinerer Staaten das Ersuchen um Einmischung bezw. Vermittelung gerichtet. Die deutsche **Regierung antwortete, daß sie gern bereit sein werde, bei einer Vermittelung mitzuwirken,** sobald die Grundbedingungen für eine solche vorhanden wären, d. h. wenn es feststehe, daß beide Gegner die Vermittelung wünschten.

Vermittelungsangebot der Union.

Washington, 13. März. Die Ver. Staaten haben auf Ersuchen der Präsidenten Krüger und Steijn der britischen Regierung ihre Dienste als Vermittler zur Wiederherstellung des Friedens angeboten. Das Anerbieten wurde jedoch in ebenso herzlichen und höflichen Worten abgelehnt, wie die, in denen es gestellt war. Wie verlautet, waren die England gemachten Vorstellungen so gefaßt, daß sie in keiner Weise den Anschein eines auf Seiten der Vereinigten Staaten bestehenden Wunsches zu interveniren erweckten, sondern lediglich die dem amerikanischen Consul in Pretoria gemachten Mittheilungen mit Versicherungen übermittelten, daß alles, was die Vereinigten Staaten im Interesse des Friedens thun könnten, von ihnen mit Freude übernommen würde.

Fortsetzung der englischen Kriegsrüstungen.

London, 14. März. Wie die „Times“ erfährt, sollen durch den Austausch der Depeschen zwischen den Präsidenten der südafrikanischen Republiken und Lord Salisbury die Vorkehrungen der Regierung, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende weiter zu führen, in keiner Weise beeinträchtigt werden. In der Absendung von Truppen und Lebensmitteln nach der Front des Heeres wird keine Unterbrechung eintreten.

Die Schlacht bei Driefontein.

Der Berichterstatter des Reuter'schen Bureaus sendet über die Schlacht bei Driefontein vom 10. d. Mts. noch folgenden ausführlicheren Bericht: Nach dem Aufbruch aus dem Lager bei Poplar Grove theilte Feldmarschall Lord Roberts seine Streitkräfte in drei Theile. Auf dem rechten Flügel marschirte die Division Tucker längs der Petrusberg-Straße, im Centrum eine Colonne unter Lord Roberts' persönlicher Führung, auf dem linken Flügel rückte eine Colonne unter General French längs der Modder vor. — Am Sonnabend Vormittag kam die englische Cavallerie unter General Broadwood in Berührung mit dem Feinde und vertrieb denselben von den niederen Bergrücken. Nachdem um 1 Uhr die Infanterie-Division südlich von den Stellungen der Boeren angelangt war, führte General Broadwood die Cavallerie nach links und hatte bei Einbruch der Nacht dieselbe schon 8 Meilen gegen den Rücken des Feindes vorgeschoben. Inzwischen griff General Kelly-Kenny das Centrum der Boeren an, welche ein heftiges Feuer auf die englischen Reihen richteten, ohne jedoch deren Vormarsch zu hindern. Obwohl die Boeren keine Verschanzungen hatten, gewährten ihnen doch überaus große Steine Schutz. Um 2 Uhr begann eine berittene Batterie den Weg für die Infanterie zu ebnen. Der Feind erwiderte das Feuer mit Maximgeschützen. Inzwischen rückte die englische Infanterie unter heftigem und anhaltendem Feuer des Feindes vor, erreichte den Bergkamm und nahm vor Einbruch der Dunkelheit die Stellung des Feindes mit dem Bajonet. Besonders bemerkenswerth war der großartige Marsch der Division Kelly-Kenny über das Veldt bei glühender Sonne, welchem ein sechsstündiger harter Kampf folgte. Die Streitmacht der Boeren stand unter dem Befehl Delareys; viele Boeren waren aus Colesberg, ein kleiner Theil auch aus Ladysmith gekommen.

Britische Erfolge im Norden der Capcolonie.

Stormberg, 13. März. Die **Streitkräfte Brabants** sind am Sonntag früh in **Aliwal North eingetroffen,** nachdem sie am Sonnabend ein heftiges Gefecht zu bestehen hatten. Der Feind hatte sich während der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag über den Fluß zurückgezogen.

London, 14. März. Dem Reuter-Bureau wird aus Lundeausnek vom 10. März gemeldet: Zwei britische Offiziere mit einer Abtheilung Soldaten trafen gestern mit einer großen Abtheilung **Aufständischer** zusammen, welche gekommen waren, um 5900 Gewehre und eine ganze Menge Munition auszuliefern. Man erwartet, daß sich heute noch mehr Aufständische ergeben. Unter den Aufständischen, die sich bereits ergeben haben, befanden sich drei Feldcornets; unter der von ihnen ausgelieferten Munition befinden sich auch Explosivgeschosse. Wie die Gefangenen mittheilen, haben sich andere Aufständischen in Barkly East ergeben. Zum Commandanten von Gibeon, Cronje, der mit einem Commando Brabant Widerstand leistete, wurden Boten gesandt, um ihm von der Uebergabe der Aufständischen Mittheilung zu machen. Cronje war entsetzt, als er erfuhr, daß die Bürger des Freistaates ihn im Stich ließen. Der District von Barkly ist jetzt vom Feinde gesäubert.

Dem Reuter-Bureau wird aus Herschel gemeldet, daß Major Hook mit einer Abtheilung Cappolizei Barkly East wieder besetzt hat.

Der Zar und England.

Berlin, 14. März. Die „Kreuzzeitung“ schreibt heute in Sperrdruck: Es steht authentisch fest, daß der Zar beim Beginn des südafrikanischen Krieges der englischen Regierung das freiwillige Versprechen gegeben hat, er werde die Schwierigkeiten Englands unter keinen Umständen zu seinem Vortheil ausnutzen.

•

London, 13. März. Aus Mafeking ist vom 5. März folgende Nachricht eingetroffen: Die Garnison leidet schwer unter der Belagerung. Sie ist auf Pferdefleisch und aus Pferdefutter hergestelltes Brod angewiesen. Typhus, Dysenterie und Diphtheritis treten epidemisch auf, besonders schrecklich leiden die Frauen und Kinder. Die Eingeborenen sterben Hungers.

Deutsches Reich.

Bremen, 13. März. Der Kaiser ging heute in Bremerhaven um $11\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags an Land und besichtigte die Versuchsstation des Norddeutschen Lloyd und das Kaiserdock. Um $11\frac{3}{4}$ Uhr fuhr er im Hofzuge nach Bremen; dortselbst traf er um $1\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Centralbahnhof ein, wo er von den Spitzen der Behörden empfangen wurde. Der Kaiser begab sich mit Gefolge, worunter sich der Cabinetschef v. Lucanus und Staatssecretär v. Podbielski befanden, nach dem Rathskeller, wo das Frühstück eingenommen wurde. Die Bevölkerung bereitete dem Monarchen enthusiastische Kundgebungen. Nach dem Früh-

Auch begab sich der Kaiser um 3½ Uhr nach dem Bahnhof und trat alsbald die Reise nach Kiel an.

* **Kiel, 13. März.** Der Kaiser ist mit Gefolge Abends 7½ Uhr mittels Sonderzuges hier eingetroffen und am Bahnhof vom Prinzen Heinrich, dem Chef der Marinestation der Ostsee Admiral v. Köster und dem Stadtcommandanten Oberst v. Höpfner begrüßt worden. Nach kurzem Aufenthalt bestieg der Kaiser an der Seite des Prinzen Heinrich eine offene Hofequipage und begab sich unter den Hurrahrufen der die Straßen füllenden Menge nach dem Schlosse. Die im Hafen liegenden Schiffe feuerten den Salut.

* **[Die Reisen des Schahs durch Europa.]** Der Schah von Persien hat die Absicht, im Mai eine Reise nach Europa zu unternehmen und dabei verschiedenen Höfen seinen Besuch zu machen. Er wird, wie man der „T. R." schreibt, im Mai Teheran verlassen und sich mit der transkaspischen Bahn nach Tiflis begeben. Von Tiflis aus wird er zunächst nach Borshom, einem Badeorte im Gouvernement Tiflis, gehen und dort einige Wochen Aufenthalt nehmen. Am 15. Juni reist der Schah über Moskau nach Petersburg, wo er einige Tage verweilen wird. Alsdann fährt er nach Berlin, wo er den Majestäten einen Besuch abzustatten gedenkt. Darauf wird der Schah einen deutschen, noch nicht fest bestimmten Kurort aufsuchen, um sich nach längerem Aufenthalt daselbst nach Paris zur Weltausstellung zu begeben. Von dort geht er nach London zum Besuch der Königin, dann an den Wiener Hof und schließlich zum Sultan nach Konstantinopel. Von hier aus tritt er die Rückreise über Batum an. Die Reise wird ungefähr ein halbes Jahr dauern. Der Schah wird vom Thronfolger begleitet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 13. März. In der heutigen Sitzung des **Abgeordnetenhauses** erhob sich auf der Galerie der Schriftsetzer Stefan Lippert und rief: „Es lebe Ungarn, es leben die Nationalitäten!" Gleichzeitig warf er eine Petition in den Saal, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, Kaiser Franz Josef möge zu Gunsten der Boeren interveniren. Lippert wurde auf eine Beobachtungsstation gebracht.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 14. März.

Wetteraussichten für Donnerstag, 15. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Ziemlich gelinde, wolkig, Niederschläge. Im Westen heiter.

* **[Ein prächtiges Meteor]** wurde Sonntag Abend an mehreren Orten unserer Provinz beobachtet. In der dreifachen Größe der Venus bewegte es sich von Nordwesten nach Südosten über das Sternbild des Orion hin. Die Erscheinung hatte eine Dauer von etwa 25 Sekunden.

* **[Stadtverordnetensitzung am 13. März.]** Vorsitzender Herr Berenz; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadträthe Toop, Dr. Damus, Dr. Ackermann, Meckbach, Mitzlaff, Hein und Penner.

Die Verhandlungen begannen in einer geheimen Sitzung, welche ca. 1½ Stunde in Anspruch nahm, aus der aber nur die Zustimmung zur Anstellung des Civilanwärters Lindenau als Bureau-Assistent, die Wiederwahl des Fabrikbesitzers Herm. Laubmeyer zum Mitvorsteher des Spend- und Waisenhauses und des Roßarztes Wünsch zum stellvertretenden Mitgliede der Abschätzungs-Commission für Viehseuchen zu berichten ist.

In öffentlicher Sitzung wurde von dem Protokoll über die Monats-Revision im städtischen Leihamt am 18. Februar Kenntniß genommen, dann Herrn Professor Dr. Bail, welcher, wie mitgetheilt, zum 1. Oktober d. J. nach voller 38jähriger Lehrthätigkeit in Danzig, welcher eine 4½jährige in Posen und Breslau vorausgegangen war, auf seinen Wunsch in den Ruhestand tritt, die ihm zustehende Pension von 5445 Mk. bewilligt. Ferner wurde behufs Stiftung eines Ehrenpreises für die diesjährigen Rennen des westpreußischen Reitervereins die Summe von 320 Mk. bewilligt und die Niederschlagung bezw. Absetzung der unbeitreiblich gebliebenen Beträge an Hundesteuer von 200 Mk. genehmigt. Darauf wählte die Versammlung an Stelle ausgeschiedener Mitglieder in die Rechnungsrevisions-Commission Stadtv. Karow, in die Commission zur Vorberathung der Vorlage wegen der künftigen Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten für den Rest ihrer Berathungen Stadtv. Fuchs.

Schließlich standen Etatsberathungen auf der Tagesordnung, welche die Versammlung noch ca. zwei Stunden beschäftigten. Es passirten folgende Voranschläge für das Wirthschaftsjahr 1900 die erste Lesung:

1) **Etat der Handelsanstalten.** Einnahme 49 590 Mk. (darunter 34 375 Mk. Stromgeld, 3030 Mk. Brückendurchlaßgeld, 5640 Mk. Börsenmiethe), Ausgabe 7540 Mk.

2) **Etat der Gasanstalt.** Einnahme 993 000 Mk. (darunter für Gas 679 073 Mk., für Coke 147 584, für Theer 33 466, für Ammoniaksalz 28 111, für Privateinrichtungen 46 000, aus dem Reservefonds zur Errichtung eines Werkstattgebäudes 34 000 Mk.); Ausgabe incl. Extraordinarium 760 000 Mk. (darunter für Besoldungen und Löhne 134 520, für Materialien 360 540, Unterhaltungskosten 102 500, für Privateinrichtungen 42 000, Zinsen für Baukapitalien 22 400, Rücklage zum Reservefonds 21 800 Mk. — Die an diesen Etat sich knüpfenden Debatten, meistens durch Anfragen und Erinnerungen des Referenten, Stadtr. Schmidt hervorgerufen, betrafen durchweg Einzelheiten der Etatsaufstellung, welche durch die Erklärungen der Magistrats-Vertreter und durch die weiteren Erörterungen ohne Beschlußfassung erledigt wurden und ein allgemeineres Interesse nicht boten.

3) **Etat des Elektricitätswerkes.** Einnahme 269 000 Mark (darunter für Stromabgabe zur Beleuchtung 249 576 Mk., für gewerbliche Zwecke 9687 Mk.); Ausgabe ebenfalls 269 000 Mk. (darunter zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals 84 000 Mk., für Gehälter und Löhne 47 390 Mk., für sächliche Ausgaben 38 200 Mk., für Materialien 45 100 Mk., Rücklage zum Reservefonds 17 300 Mk.). — Der Referent, Stadtv. Marx bemerkte in einer längeren einleitenden Ausführung zu diesem Etat: Es ist bedauerlich, daß wir in der Einnahme aus der Stromabgabe für gewerbliche Zwecke für dieses Etatsjahr eine Reduction von nahezu 7000 Mk. gegen das Vorjahr zu verzeichnen haben. Daraus geht hervor, daß entweder in den Kreisen der hiesigen Gewerbetreibenden noch nicht das richtige Verständniß für die Zweckmäßigkeit der Einführung elektrischer Energie vorhanden ist oder daß die Preise für Strom zu theuer sind. Das letztere halte ich für das richtigere. Aufgabe der Verwaltung wird es sein, Mittel zu finden, um den Stromverbrauch für gewerbliche Zwecke zu fördern, sowohl aus materiellen Interessen mit Rücksicht auf die Rentabilität des Werkes, als auch aus allgemeinen wirthschaftlichen Gesichtspunkten. Es liegt auf der Hand, daß der Betrieb sich rentabler gestalten würde, wenn der Betrieb auch während des Tages vollständig ausgenützt würde. Redner legt nunmehr auf Grund einer Berechnung dar, wie sich der Selbstkostenpreis für elektrische Kraft pro Hecto-Wattstunde auf 30 Proc. ermäßigen ließe. Ueber die eminente Bedeutung der wirthschaftlichen Seite der Frage wäre eigentlich kein Wort zu verlieren, da die elektrische Kraft zur Zeit das billigste und lucrativste Betriebsmittel ist. Der Magistrat habe in seinem Regulativ vom 14. Februar 1898 Pauschalsätze eingeführt für die Abgabe kleinerer Kraftmengen. Aber diese Sätze seien erheblich zu hoch gegriffen, wie die Erfahrungen im Motorenbetriebe ergeben haben. Wollen wir den Kleingewerbetreibenden einen rationellen Betrieb ermöglichen, so dürfen wir nicht über 25 Pf. pro Kilo-Wattstunde nehmen, womöglich nur 20 Pf. Redner formulirt seine Wünsche dahin: 1) Reduction des Strompreises auf 25 Pf. pro Kilo-Wattstunde mit Steigerung der relativen Motorenskala mit größerem Consum, 2) Minderung der Pauschalsätze, 3) Vereinfachung der Beschaffung von Motoren dadurch, daß die Stadt solche leihweise überläßt bezw. gegen Abschlagszahlungen hergiebt. — Correferent, Stadtv. Davidsohn erhebt Einspruch gegen das Verfahren des Referenten, der jetzt mit großem Zahlenmaterial herantrete, das doch auch ihm als Correferenten zur Nachprüfung hätte vorgelegt werden müssen. Er glaube, das Richtigste sei, die Sache heute abzusetzen und ihm das Material zur Prüfung für sein Correferat zu überweisen. Sachlich bemerkt Redner, daß wir ja schon jetzt den Strom zu 2,5 Pf. pro Hecto-Watt, also 25 Pf. für die Kilo-Wattstunde abgeben. Ich habe ausgerechnet, daß uns allein eine Hecto-Wattstunde im Durchschnitt 4,5 Pf. kostet. Wir sind in dieser Hinsicht Fabrikanten und müssen berücksichtigen, daß wir bei der jetzigen Berechnung einen sehr kleinen Fabrikationsgewinn haben. Ein Elektricitätswerk ist ein sehr theurer Apparat, der mit großer Vorsicht angefaßt werden muß. Wir haben noch nicht die nöthigen Erfahrungen gesammelt und ich muß dringend bitten, vorerst von einer Herabsetzung des Preises noch abzusehen. — Oberbürgermeister Delbrück hält es für zweckmäßig, wenn wir die Anregungen des Referenten, die von der Verwaltung mit Dank begrüßt werden, als Referendum nehmen und alsdann in der betreffenden Verwaltungs-Deputation diesen Anregungen näher treten. Vielleicht könnte eine dahingehende Resolution gefaßt werden. In eine Prüfung der Sache einzutreten, erkläre ich mich jederzeit bereit. — Stadtrath Meckbach: Die Zahl der Motor-Anschlüsse ist keineswegs gesunken, sondern im Gegentheil gestiegen. Es sind 1636 Hecto-Watt-Motoren schon jetzt angeschlossen, d. h. mehr als dem laufenden Etat zu Grunde liegen. In Betreff der Zahl der Motoren brauchen wir also nicht so pessimistisch zu sein. Für die kurze Zeit des Betriebes ist dieselbe schon ganz annehmbar. Aber in Bezug auf die Benutzung der Motoren haben wir uns allerdings sehr getäuscht. Im vorigen Jahre setzten wir 600 Arbeitsstunden an, sahen uns aber auf Grund der schlimmen Erfahrungen genöthigt, diese Zahl diesmal auf 250 zu erniedrigen. Das ist dadurch zu erklären, daß der größte Motor, den wir überhaupt haben (zu 25 P.S.), nur als Reserve dient, also den größten Theil des Jahres unbenutzt steht und daß die großen Motoren (zu 8 P.S.) für Aufzüge benutzt werden, die ja nur geringe Zeit im Betriebe sind. Es ist immerhin anzuerkennen, daß der Preis für Kleinmotoren hoch ist. Auch die Pauschquanten sind zu hoch veranschlagt. Die Annahme jedoch, daß es für die Handwerker rationeller sei, Pauschalsummen zu zahlen, ist nicht zutreffend. Hier sind nur 10 solcher Kleingewerbetreibende, die diesen Bezahlungsmodus haben. Bei Motoren den Preis herabzusetzen ist ein sehr gefährliches Experiment.

Referent Marx weist den Vorwurf des Stadtv. Davidsohn, daß er etwa illoyal verfahren sei, zurück. Die Zahlen, die mir zur Verfügung stehen, sind ja nicht maßgebend, nur subjective Ansichtssache. Ich bitte wenigstens in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen, daß die Beleuchtungs-Commission in die Prüfung der Punkte eintritt und möglichst bald eine Vorlage fertig zu stellen unternimmt. Ich wünsche weiter nichts als ein besseres kaufmännisches Anfassen des Betriebes. Es soll dem Publikum klar gemacht werden, wie groß der Werth des elektrischen Betriebes ist. — Oberbürgermeister Delbrück: Im Laufe des vorigen Betriebsjahres stellte es sich heraus, daß wir im Winter den gestellten Ansprüchen an Anschlüssen nicht genügen konnten. Wir erachteten es daher nicht für zweckmäßig, durch Verbilligung den Consum zu steigern. Die Bemessung der Pauschquanten für das Kleingewerbe hat seine großen Schwierigkeiten. Wir haben Erfahrungen aus anderen Städten zu Grunde gelegt, uns aber getäuscht gesehen. Auf Grund umfangreichen Materials sind wir weiter zu der Auffassung gekommen, daß die Gewährung von Rabatten bei den Strompreisen durchaus nicht zweckmäßig erscheint. Wenn wir den Motorenpreis um 30 Proc. herabsetzen würden, so bedeutete das einen Ausfall von 30 000 Mk., was immerhin beachtenswerth ist. Der Ankauf von Motoren ist eine sehr heikle Sache. Die Stadt hat solche Experimente bezüglich anderer Betriebsgegenstände der Gasanstalt gemacht und ist schlecht dabei gefahren. Ich verkenne nicht, daß die Ausführungen des Referenten Berechtigung haben und wohl zu prüfen sind. — Stadtv. Karow schließt sich den Ausführungen des Referenten völlig an. Wir haben die Pflicht gegenüber dem Kleingewerbe, den Preis für Elektricität zu verbilligen. Eine bezügliche Vorlage muß möglichst sofort kommen. — Stadtv. Davidsohn betont nochmals, daß der Strompreis schon ermäßigt ist. Man könne nicht weiter gehen. — Stadtv. Fuchs meint, die Reduction der Einnahmen für gewerbliche Zwecke um ca. 7000 Mk. sei gar nicht so schlimm, es könne noch schlimmer kommen. — Stadtrath Meckbach widerspricht dem; es werde voraussichtlich nicht schlimmer, sondern besser kommen. Die Einnahmen würden sich unzweifelhaft heben.

Nach einigen weiteren Bemerkungen erklärt der Oberbürgermeister, daß man mit dem Princip der Erfahrung und Exemplificirung darauf schlecht fortkomme. Ich kann nicht versprechen, daß der Magistrat alsbald die Prüfung der Sache vornehmen wird, aber er wird sorgen, daß die Commission sich damit nochmals befaßt. (Bravo!)

Nach kurzen Bemerkungen der Stadtv. Hardtmann und Kawalki erklärte der Referent sich von dem Versprechen des Oberbürgermeisters befriedigt, wobei die Debatte über diesen Punkt schließt. Die weiteren Erörterungen über diesen Etat waren ohne wesentliches Interesse.

* **[Hauptetat.]** Nach dem nunmehr im Entwurf aufgestellten Hauptetat der Stadt Danzig pro 1900 schließt derselbe in Einnahme und Ausgabe mit 7 950 000 Mk. ab, 403 000 Mk. höher als 1899. An Steuern sind, wie schon früher angegeben, veranschlagt: Kaufschoß mit 200 000 Mk., Hundesteuer 15 500 Mk., Betriebssteuer 25 000 Mk., Gewerbesteuer 262 500 Mk., Wanderlager- und Wander-Auctionssteuer 150 Mk., Grund- und Gebäudesteuer 798 680 Mk., Wohnungssteuer 198950 Mk., Gemeindeeinkommensteuer 1 620 000 Mk. Die Steuersätze bleiben — abgesehen von dem Erlaß der Wohnungssteuer für Wohnungen bis incl. 300 Mk. Jahresmiethe — gegen das Vorjahr unverändert.

* **[Umzug.]** Da der bevorstehende Umzugstermin, 1. April, auf einen Sonntag fällt, hat der Umzug am Montag, den 2. April, stattzufinden resp. zu beginnen.

* **[Von der Weichsel.]** In der Eisdecke der Nogat, die jetzt nur noch bis Kilom. 175,2 (3,7 Kilom. unterhalb der Abzweigung) hinauf reicht, haben sich oberhalb Marienburg mehrere kleine Blänken gebildet. Die Weichsel ist eisfrei.

Heutige Wasserstände: Bei Thorn 1,72, Fordon 1,80, Culm 1,62, Graudenz 2,20, Kurzebrack 2,46, Piekel 2,58, Dirschau 2,82, Einlage 2,82, Schiewenhorst 2,80, Marienburg 3,24, Wiedau 2,96, Wolfsdorf 2,54, Kraffohlsschleuse 1,56 Mtr.

Bei **Warschau** beträgt heute der Wasserstand 4,37 (gestern 4,24) Meter.

* **[Seeamt.]** Unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsraths Wedekind fand heute bei dem hiesigen Seeamte eine Verhandlung über den Untergang des Danziger Dampfers „Artushof" statt, der am 17. Juni durch eine Collision mit dem englischen Dampfer „Mauritius" herbeigeführt wurde. Bei der Katastrophe kamen bekanntlich mehrere Menschen ums Leben. Von der Rhederei des Dampfers sind die Prozeßerklärungen vom Civilprozeß in London herangezogen und dem Seeamt überreicht worden. Die Verhandlung vor dem letzteren ergab nun Folgendes:

Der Führer des „Artushof", Capitän Johann Wilke, navigirte den Dampfer seit 1889. Das Schiff war aus Eisen erbaut und hatte 816 Registertons Inhalt. Der Dampfer ging von Leith nach Neufahrwasser, hatte 16 Mann Besatzung und zwei Passagiere. Die Ladung bestand aus Kohlen. An der jütländischen Küste ereignete sich der Unfall bei starkem Nebel 12 Uhr Nachts. Das Schiff hatte halbe Fahrt. Nach dem Zusammenstoß mit dem „Mauritius" sank das Fahrzeug innerhalb fünf Minuten. Zeuge hatte die Wache in jener Nacht. Bis um 11½ Uhr war es zeitweise klar gewesen. Das Schiff fuhr SSO, hatte Skagen schon passirt und befand sich vor Trindelen. Kurz vor 12 Uhr hörte Zeuge in seiner Cajüte, wohin er auf kurze Zeit gegangen war, zwei Pfiffe, eilte aufs Deck und sah in 1½ Schiffslängen vor sich den „Mauritius", im Winkel von 45 Grad zum „Artushof". Der Steuermann hatte bereits ein Rudercommando gegeben, wonach „Artushof" SO. fuhr. Zeuge gab nun das Commando „Mit Vollkraft rückwärts", um das Schiff zu stoppen. Man konnte das fremde Fahrzeug dicht vor sich im Nebel sehen. Die Maschine arbeitete schon rückwärts, als Zeuge auf die Commandobrücke kam; er erkannte sofort, daß ein Zusammenstoß nicht zu vermeiden war. Der Zeuge sagte: „Wie kommt das Schiff („Mauritius") mit großer Fahrt!" Als er die Boote klar machen wollte, war der „Artushof" schon im Sinken begriffen. Das erste Rettungsboot kenterte, das zweite kam gar nicht in Thätigkeit. **Zehn Mann von der Besatzung ertranken,** darunter auch die zwei Passagiere, acht wurden gerettet. „Maritius" hatte gar kein Signal gegeben, sondern nur Pfiffe mit der Sirene. Aber nach dem Ton konnte man die Richtung nicht erkennen, da derselbe gegen ein Schutzbrett ging. Der Steuermann vom „Artushof" will zwei Töne 2 Strich über Steuerbord gehört haben. Der „Mauritius" hatte den ganzen Anker des „Artushof" fortgeschoben und war nachher bis ins Anker-Spill hineingelaufen. Nach dem Unfall hat das englische Schiff sofort gestoppt, auch Boote ausgesetzt und sechs Mann aus dem Wasser aufgenommen, zwei Mann des „Artushof" waren bereits vorher zum „Mauritius" herübergesprungen.

Capitän John Moppelt, Führer des Schiffes „Mauritius", hat ebenfalls Angaben über den Unfall gemacht. Seine Aussage wurde verlesen. Das Schiff war 1865 gebaut, hatte 16 Mann Besatzung einschließlich des Schiffers und gehörte nach Glasgow; es befand sich auf der Reise nach Liverpool. Die Ladung bestand aus 500 Tons Kohlen. Der Führer des „Mauritius" will gleichfalls rückwärts gestoppt haben, zur Zeit der Collision habe das Schiff bereits still gestanden. Er setzte dann das Backbord-Boot aus und rettete fünf Personen und den Capitän. Die Ursache nach Angabe des Engländers liegt darin, daß der „Artushof" nicht stoppte und die Maschine nicht rückwärts ging. Zeuge Wilke bestreitet diese Angaben; sie wären unbedingt falsch, namentlich, daß der Engländer gestoppt hätte.

Steuermann Blon vom „Mauritius" sagt ungefähr dasselbe aus wie Capitän Moppelt.

Der Vorsitzende verlas dann die gegenseitigen Aussagen im Civilprozeß, die sich direct widersprachen. Danach verlangte die Versicherungsgesellschaft des „Artushof" die Verurtheilung des „Mauritius", da der Unfall nur in Folge falschen Navigirens desselben erfolgte; aber auch die Beklagte machte ähnliche Ansprüche an den „Artushof" geltend. Sie bestreitet u. a., daß ein guter Ausguck an Bord des „Artushof" gehalten wurde. Der Civilprozeß in London ist dahin beglichen worden, daß beide Theile sich den entstandenen Schaden theilen.

Nachdem noch einige protokollarische Aussagen verlesen waren, wurde auf Antrag des Reichscommissars die Sache behufs weiterer Vernehmung von auf Reisen befindlichen Mannschaften des „Artushof" vertagt und dann in den ersten Nachmittagsstunden die Verhandlung über einen Unfall des Dampfers „Hercules" begonnen.

* **[Ausgabe der neuen Briefmarken.]** Die Ausgabe der Briefmarken **zu 1 Mk.** wird zum 1. April erfolgen, nachdem der erforderliche Vorrath zur Vertheilung an die Postanstalten sich hat herstellen lassen. Die Marke hat eine größere Breite als Höhe; sie bringt die Ansicht des Reichspostamts in Berlin von der Ecke der Mauer- und Leipzigerstraße aus. Darüber steht auf einem schmalen Bande in kleiner Schrift „Reichspostamt in Berlin". In den beiden oberen Ecken befindet sich die Werthangabe „1 Mark"; auf dem unteren Rande der Marke steht in großer Schrift „Reichspost". Die Farbe der Marke ist rosa, ähnlich der Zehnpfennigmarke. Die Ausgabe der Briefmarke zu 2 Mk., die Siegesfeier des Nordens und Südens durch zwei altgermanische Recken darstellend, soll am 1. Mai erfolgen. Am 1. Juni soll die 3 Mk.-Marke ausgegeben werden; sie zeigt die Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Berlin. Die Herstellung der Briefmarke im Werthe von 5 Mk. mit circa 51 Figuren erfordert längere Zeit, da sie in Doppeldruck hergestellt wird; die Ausgabe steht am 1. August zu erwarten.

* **[Commandirung.]** Herr Marine-Ingenieur Kruse von der hiesigen kaiserl. Werft wird mit dem neuen Kanonenboot „Tiger" die Auslandsreise antreten.

-r. **[Verein der freisinnigen Volkspartei.]** Gestern Abend fand im Bildungsvereinshause die Monats-Versammlung dieses Vereins statt. Berathen wurde nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden über die Stellungnahme des Vereins zur lex Heinze und zum Fleischbeschaugesetz. Herr Kammerer jun. stellte hierzu den Antrag, der Verein möge so bald wie möglich eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher über diese Fragen referirt und Beschluß gefaßt werden soll. Herr Rechtsanwalt Thun stellte einen Antrag dahingehend, daß der Vorstand sich behufs Einberufung einer öffentlichen Versammlung zur Stellungnahme zu diesen Gesetzentwürfen mit anderen Personen oder Parteigruppen, die in dieser Beziehung auf demselben Standpunkt stehen, in Verbindung setzen möge. Beide Anträge wurden nach längerer Berathung abgelehnt. Ein Antrag des Herrn Rechtsanwalts Adam, daß in der nächsten öffentlichen Versammlung die Erörterung der Flottenvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werde, wurde angenommen.

-r. **[Strafkammer.]** Zwei gefährliche Einbrecher wurden gestern aus der Untersuchungshaft vor die Strafkammer geführt, um sich dort, der eine wegen schweren Diebstahls, der andere wegen gefährlicher Körperverletzung, zu verantworten. Es sind dies die Arbeiter Gustav Smolinski aus Ohra und Robert Neumann von hier. Beide stehen noch in jugendlichem Alter, haben aber bereits längere Zuchthaus- und verschiedene Gefängnißstrafen hinter sich. Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, wurde im letzten Sommer bei der Kaufmanns-Wittwe Alter in dem Hause Langgasse Nr. 45 ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei welchem den Dieben Silbersachen im Werthe von 2500 Mk. in die Hände fielen. Eifrige Nachforschungen nach den Dieben blieben erfolglos. Endlich lenkte sich der Verdacht der Thäterschaft auf den Angeklagten Smolinski. Derselbe war am 10. August aus dem Zuchthause entlassen worden. Am 31. August, am hellen, lichten Tage, Nachmittags um 3 Uhr, wurde in der Wohnung des Ingenieurs Herrn Zwingauer, Große Wollwebergasse Nr. 29, ein Einbruch verübt, bei dem der Dieb nichts weiter als einen Revolver mitnahm. Als der Einbrecher das Zimmer bereits verlassen hatte und sich auf dem Flur befand, kam Hr. Zwingauer gerade nach Hause. Diesem sagte der Spitzbube auf dem Flur, er habe einen eiligen Brief überbracht. Während Z. sich nun nach seiner Wohnung begab, verduftete der Einbrecher schnell. Noch an demselben Nachmittage wurde bei einer Frau Welsch in der Sandgrube ein Einbruchsdiebstahl verübt und eine Herren-, sowie eine Damenuhr, 20 Mk. baar Geld und ein Trauring gestohlen. Einige Tage später fand Frau Welsch in ihrem Kleiderschrank einen geladenen Revolver, den der Dieb zurückgelassen hatte. Es war dies derselbe Revolver, der Herrn Zwingauer gestohlen war. Der Verdacht, auch diese Diebstähle ausgeführt zu haben, lenkte sich auf Smolinski und als dieser Herrn Zwingauer gegenüber gestellt wurde, erkannte derselbe in ihm den Spitzbuben, den er am 31. August in seinem Hausflur angetroffen hatte. Da Neumann viel mit Smolinski verkehrte, wurde auch dieser in Haft genommen, jedoch bald entlassen, weil ihm nichts bewiesen werden konnte. Smolinski gestand auch nur den Diebstahl bei Zwingauer an dem Revolver ein, leugnete jedoch hartnäckig den Diebstahl bei Frau Welsch. Er will den Revolver vielmehr gleich an einen Maurer verkauft haben. Das Gericht sprach Smolinski trotzdem der beiden Diebstähle bei Herrn Zwingauer und Frau Welsch schuldig und erkannte auf achtjährige Zuchthausstrafe. Daß Sm. auch den Silberdiebstahl bei Frau Alter ausgeführt hatte, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Gegen Neumann war Anklage wegen Diebstahls nicht erhoben worden, doch hatte sich derselbe, nachdem er auf freien Fuß gesetzt war, am 19. Oktober v. J. einer gefährlichen Körperverletzung mit einem Messer schuldig gemacht. Er wurde dafür zu 1½ Jahr Gefängniß verurtheilt.

Der Entführung eines minderjährigen Mädchens, zwar mit dessen Einverständniß, aber ohne Einwilligung des Vormundes, hatte sich der Musiker Karl Fleischmann schuldig gemacht. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verkündete Urtheil lautete auf einen Tag Gefängniß, welche Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde. Wie aus der Urtheilsbegründung hervorging, hatte der Angeklagte die Entführung in sinnlicher Absicht begangen.

Von der Marine.

U **Kiel, 12. März.** Auf der Krupp'schen Germania-Werft zu Kiel findet am Donnerstag Vormittag der Stapellauf des russischen Panzerkreuzers „Askold" in Gegenwart des Kaisers, des Prinzen Heinrich, des Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch, des russischen Botschafters in Berlin Graf v. d. Osten-Sacken, der Staatssecretäre Graf v. Bülow und Viceadmiral Tirpitz u. s. w. statt. Die Offiziere der Garnison Kiel, sowie Mannschafts-Deputationen von sämmtlichen Marinetheilen und den im Hafen liegenden Kriegsschiffen werden gleichfalls bei dem Stapellauf zugegen sein. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe werden an diesem Tage Toppflaggen setzen, die russische Kriegsflagge im Großtopp, und sobald das ablaufende Schiff das Wasser erreicht, einen Salut von 21 Schuß feuern. Der „Askold", ein prächtiges Schiff, ist 125 Meter lang, 15 Meter breit, hat einen Tiefgang von 6,2 Meter und ein Deplacement von 6300 Tonnen.

Aus den Provinzen.

E. **Zoppot, 13. März.** In der gestern Abend unter Vorsitz von Frau Superintendent Rudnick abgehaltenen Vorstandssitzung des Vaterländischen Frauenvereins wurde beschlossen, die Suppenvertheilung an arme Schulkinder in Anbetracht der andauernden Unbill der Witterung und vieler Krankheit in den Familien derselben in bisheriger Weise noch bis zum 1. April beizubehalten, auch Kohlen- und Milchzettel in den schwersten Fällen fortzugewähren.

⌒ **Zoppot, 13. März.** Einen aufregenden **Kampf mit einem Holzdiebe** hatte der hiesige Förster Kempe in der Forst zwischen Oliva und Renneberg zu bestehen. Durch Geräusch aufmerksam geworden, schlich er der Stelle näher und sah einen kräftigen Mann mit einer Axt junge Bäume niederschlagen. Er packte denselben mit festem Griff am Kragen, doch suchte jener sich loszureißen und griff in dem sich nun entspinnenden Handgemenge nach dem Gewehr des Försters und bemühte sich, dessen Lauf auf die Brust des Försters zu richten und an den Hahn zu gelangen. Mit äußerster Anstrengung gelang es dem Förster, den Lauf stets in die Höhe zu schlagen und endlich den Angreifer zurückzustoßen. Nun erhob Letzterer seine Axt und suchte damit den Förster niederzuschlagen, welcher seinerseits schnell den Hahn seiner Büchse spannte und anlegte. Nur durch die energische Drohung ließ sich der Holzdieb von weiteren Angriffen abhalten, entwich aber auf dem Transport, seine Axt stets schlagbereit haltend.

z. **Pelplin, 13. März.** Heute Nachmittag brannte das Gehöft des Herrn Gutsbesitzers StobOy-Ornassau. Die hiesige freiwillige Feuerwehr wurde sofort alarmirt und fuhr mit Spritze und Geräthschaften nach der zwei Kilometer entfernten Brandstelle, die Spritze nebst Mannschaften der Zuckerfabrik unter Führung der Herren Director Wilhelms und Chemiker Lindhagen fuhren auf der Kleinbahn dorthin; außerdem trafen auch die Feuerspritzen aus Raikow und Gremblin ein. Eine unter Strohdach befindliche Scheune stand inzwischen in hellen Flammen und Flugfeuer hatte auch den unter Ziegeldach befindlichen Pferde- und Schafstall bereits ergriffen. Die Wehren vermochten diese beiden brennenden Gebäude nicht mehr zu retten, es gelang denselben nur das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. In den Flammen sind 360 Schafe umgekommen, ebenso zwei angespannte Pferde.

Konitz, 13. März. Ueber ein sensationelles Vorkommniß berichtet das „Kon. Tagebl." Folgendes:

Aus dem innerhalb der Stadt belegenen Mönchsee wurden heute Nachmittag in einem mit der Signatur H. W. 3742 bezeichneten Sacke die in einzelne Stücke zerlegten Theile einer frischen menschlichen Leiche aufgefunden. Die übrigen Theile (Kopf, Arme und Beine) fehlen noch und es wird danach eifrigst gesucht. Die Polizei ist in fieberhafter Thätigkeit, der Erste Staatsanwalt soeben an Ort und Stelle. Das Auffinden dieser Leichentheile scheint mit dem Verschwinden

des Obertertianers Ernst Winter im Zusammenhange zu stehen und sonach ein scheußliches Verbrechen vorzuliegen. Winter, der 19jährige Sohn eines Bauunternehmers aus Prechlau, wurde seit Sonntag Nachmittag vermißt, er war auf räthselhafte Weise verschwunden.

Heilsberg, 13. März. Eine **schwere Blutthat**, welche den Tod des einen Betheiligten zur Folge hatte, erregt hier die Gemüther. Sonntag Abend begleitete der bei Herrn Bauunternehmer Nispel beschäftigte 22jährige Knecht Andreas Czinczoll seine Braut, ein auf dem benachbarten Gute Konnegenhof bedienstetes Mädchen, den Konnegener Weg entlang, als ihm zwei auf demselben Gute dienende Knechte, darunter der 18 Jahre alte Andreas Rautenberg, entgegenkamen und Streit mit ihm anfingen. Hierbei erhielt er von letzterem einen Messerstich in die Brust, welcher die Herzgegend traf. Der Messerheld wurde Montag früh durch den Gendarmen verhaftet.

Von der ostpreußisch-russischen Grenze, 12. März. Jetzt zur Frühjahrszeit steht der **Schmuggel mit Hüteknaben** aus Rußland auf der Tagesordnung. Die Kinder werden in der Regel, in einem Fuder Stroh verladen, über die Grenze geschafft. Bei einer solchen Gelegenheit wurde ein Knabe von einem den Wagen mit einem Spieß durchsuchenden Beamten so schwer verletzt, daß er in Folge Verblutung nur als Leiche nach Hause gebracht werden konnte.

Vermischtes.

Hamburg, 14. März. Das hiesige Landgericht sprach gestern den **Bahnhofsvorsteher Scharf** frei, welcher angeklagt war, das **Eisenbahnunglück am Klosterhof-Bahnhof** am 2. Oktober 1899 verschuldet zu haben, bei dem 33 Rekruten verletzt wurden. Die Freisprechung erfolgte, weil dem Angeklagten die Ankunft von Militär nicht gemeldet worden sei und er habe annehmen können, daß sich der Zug in den üblichen vier Minuten geleert haben könnte.

Standesamt vom 14. März.

Geburten: Maurergeselle Wilhelm Grubert, T. — Bäckermeister Julins Braun, S. — Fabrikleiter August Essenwein, T. — Arbeiter Valentinus Gehrmann, T. — Maschinist Friedrich Westerwick, S. — Vicefeldwebel im Grenadier-Regiment König Friedrich I. (4. ostpr.) Nr. 5 Ignatz Pranga, S. — Arbeiter Johann Neumann, S. — Hauszimmergeselle George Kratzke, S. — Tischlermeister Friedrich Mondsech, S. — Arbeiter Otto Klammer, S. — Arbeiter August Glomke, T. — Unehel.: 1 S., 2 T.

Aufgebote: Arbeiter Karl August Stahl und Julianne Wilhelmine Schanz. — Arbeiter Otto Albert Witzky und Elisabeth Martha Walter. — Schmiedegeselle Gottfried Gabrowski und Charlotte Hermine Johanna Burke. — Arbeiter Gottfried Hermann Groth und Auguste Schmischke. — Sämmtlich hier. — Fabrikarbeiter Franz Samulewski und Marie Neumann, beide zu Bismarck. — Kaufmann Georg Julius Gustav Weber und Elise Julie Martha Rosenfeldt, beide hier.

Todesfälle: Ober-Inspector Rudolf Theodor Michael Montua, 44 J. 5 M. — S. d. Arbeiters August Herhuth, 10 W. — T. d. Maurergesellen Theodor Willmanowski, 7 J. 5 M. — T. d. verstorbenen Buchhalters Franz Otto Backoff, 1 J. 1 M. — Wittwe Anna Grapp, geb. Jarsamkowski, 56 J. 8 M. — S. d. Bierfahrers Ferdinand Schalla, 4 M. — Buchhalter Arthur Rudolf Theodor Kupferschmidt, fast 42 J. — S. d. Postschaffners Hermann Dulny, 12 Tage. — T. d. Vorarbeiters Franz Sänger, 3 M.

Danziger Börse vom 14. März.

Weizen ruhig, unverändert. Bezahlt wurde für inländischen blauspitzig 658 Gr. 108 M, 745 Gr. 131 M, bunt bezogen 703 Gr. 125 M, hellbunt bezogen 724 Gr. 129 M, 740 Gr. 131 M, hellbunt leicht bezogen 756 Gr. 140 M, hellbunt 646 Gr. 125 M, 670 Gr. 127 M, 713 Gr. 129 M, 740 Gr. 138 M, 750 Gr. 143 M, hochbunt 745 Gr. 145 M, fein hochbunt glasig 772 Gr. 148 M, weiß bezogen 708 Gr. 128 M, weiß 750 Gr. 146 M, 756 Gr. 147 M, roth 745 Gr. 139 M, 756 Gr. 143 M, 772 Gr. 147 M per Tonne.

Roggen fester. Bezahlt ist inländischer 689 Gr. 131½ M, 691 Gr. 132½ M, 720 und 723 Gr. 133 M, 738 und 744 Gr. 134 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 650, 662, 674 Gr. 122½ M, weiß 686 Gr. 130 M per Tonne. — **Hafer** inländischer 113½, 115, 116½, 117, 118 M, weiß 120 M per Tonne bezahlt. — **Erbsen** inländ. weiße 120 M, polnische zum Transit weiße 110 M per Tonne gehandelt. — **Wicken** inländische 117, 120 M per Tonne bezahlt. — **Weizenkleie** grobe 4,30, 4,35 M, extra grobe 4,55 M, mittel 4,17½ M, feine 4 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Roggenkleie** 4,30 M per 50 Kilogr. bez.

Berlin, den 14. März.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

558 **Rinder**. Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: **Ochsen** a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters — M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerthes — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M; c) gering genährte — M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — M, d) mäßig genährte Kühe u. Färsen — M, e) gering genährte Kühe und Färsen — M.

2450 **Kälber:** a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast u. beste Saugkälber 72—74 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 64—68 M; c) geringe Saugkälber 54—60 M; d) ältere gering genährte (Fresser) — M.

1496 **Schafe:** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 61—64 M; b) ältere Masthammel 55—60 M, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 48—54 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

10366 **Schweine:** a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 46—47 M; b) Käser — M; c) fleischige 44—45 M; d) gering entwickelte 40—43 M; e) Sauen 42—43 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder. Für Rinder waren bei geringem Umsatz maßgebende Preise nicht festzustellen.

Kälber. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig.

Schafe. Bei den Schafen fand nur ungefähr die Hälfte des Auftriebes Absatz.

Schweine. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 13. März. Wind: NNW.

Angekommen: Voorwaarts, Puister, Morrisonshaven, Thonwaaren. — Camloos, Pedersen, Ronne, Ballast. — Emma (SD.), Bialke, Rotterdam, Phosphat.

Gesegelt: Berenice (SD.), Geest, Amsterdam, Güter. — Miawka (SD.), Kutscher, Bristol, Zucker.

Den 14. März.

Angekommen: Dwina (SD.), Forman, Leith und Grangemouth, Güter und Kohlen. — Hercules (SD.), Belitz, Methil, Kohlen.

Gesegelt: Henriette Schlüsser (SD.), Jungmann, London, Güter.

Ankommend: 2 Dampfer.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Concurseröffnung.

Ueber den Nachlaß der am 23. Januar 1900 zu Danzig, Kneipab 17, verstorbenen Wittwe Debler wird heute am

6. März 1900, Vormittags 11½ Uhr,

das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Georg Lorwein, hier, Holzmarkt Nr. 11, wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 10. April 1900 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die im § 132 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

30. April 1900, Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Pfefferstadt, Zimmer 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 1. April 1900 Anzeige zu machen. (3277

Königliches Amtsgericht Abthl. 11 zu Danzig.

Städtische Armen-Verwaltung.

Am Donnerstag, den 29. März d. J., Abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Gewerbehauses, Heilige Geistgasse 82¹, die durch § 21 der Armen-Ordnung für die Stadt Danzig vorgeschriebene **Versammlung sämmtlicher Mitglieder des Armen-Amtes und der Armen-Commissionen** statt. Zu dieser Versammlung werden hiermit diese Mitglieder — Vorsteher, Armenpfleger und Armenpflegerinnen — sowie die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung eingeladen.

Sollte nach Erstattung des Jahresberichts die Besprechung einzelner die öffentliche Armenpflege betreffenden Angelegenheiten gewünscht werden, so muß der Gegenstand der Besprechung bis spätestens zum 22. März bei dem Armen-Amte schriftlich zur Aufnahme in die Tagesordnung angemeldet werden.

Danzig, den 10. März 1900. (3227

Armen-Amt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Herrichtung einer **Einfriedigung für die öffentlichen Gartenanlagen vor dem Jakobsthor** aus Drahtgeflecht stellen wir hiermit zur öffentlichen Verdingung.

Verschlossene und mit der Aufschrift „Angebot für Herstellung einer Einfriedigung für die öffentlichen Gartenanlagen vor dem Jakobsthor" versehene **Angebote sind bis zum 29. März d. J., Vormittags 11 Uhr**, im Bau-Bureau des Rathhauses einzureichen, woselbst dieselben in Gegenwart der erschienenen Bieter eröffnet werden.

Die **Angebote** sind unter **ausdrücklicher Anerkennung der für die Lieferung pp. gegebenen Bedingungen abzugeben.**

Diese Bedingungen, sowie die dazu gehörige Zeichnung können im Bau-Bureau eingesehen werden, die ersteren sind daselbst auch gegen Erstattung der Copialiengebühr erhältlich. (3276

Danzig, den 12. März 1900.

Der Magistrat.

Die diesjährige

Leipziger Ostermesse

beginnt

Sonntag, den 22. April,

und endigt

Sonntag, den 13. Mai.

Sie ist für den **Groß- und Kleinhandel** mit Waaren aller Art bestimmt, namentlich auch für **Rauchwaaren, Leder, Tuche und Manufacturen.**

Die Ledermesse

wird **Montag, den 23. April,**

eröffnet und die **Meßbörse für die Lederindustrie** an demselben Tage im großen Saale der Neuen Börse am Blücherplatze abgehalten. (3190

Leipzig, den 6. März 1900.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Auction in Liebschau bei Dirschau.

Montag, den 19. März 1900, Vormittags 10½ Uhr,

werde ich im Auftrage der Gutsbesitzerin Frau Wittwe P. Krüger wegen Aufgabe der Pfarrhufenpachtung an den Meistbietenden verkaufen:

17 gute Pferde, darunter 2 eleg. Kutschpferde, 20 Stück Rindvieh, darunter 7 hochtragende Kühe und 8 tragende Färsen, das übrige fett; 10 Läuferschweine, 2 Zuchteber, 1 Jagdhund, 1 gut erhaltenen Jagdwagen, 3 gr. Arbeitswagen, 2 Gesp. Arbeitsgeschirre, 1 dopp. Ringelwalze, 1 fast neue Häckselmaschine für Dampfantrieb, 1 Krümmer, Pflüge und Eggen, div. Krippen, Bracken, 1 Partie Pferde- und Viehketten 2c.

Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebracht werden.

Den mir bekannten Käufern gewähre ich einen zweimonatlichen Kredit. Unbekannte zahlen sogleich.

A. Klau,
Auctionator u. gerichtl. vereid. Mobiliartaxator.
(620) Danzig, Frauengasse 18.

Die Beleidigung, die ich dem Klempner Herrn Splittgarb zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück.

O. Tilly,
Glasermeister, Oliva.